

Meine Schule in Kiew ist groß und neu. Sie hat drei Sporthallen und zwei Schwimmbäder, einen Physikraum und einen Chemieraum und eine Mensa. Meine Lieblingsfächer sind Mathematik, Chemie und Sport.“ So stellt sich der groß gewachsene ukrainische Junge vor. Er ist einer von 13 geflüchteten Jugendlichen im Alter zwischen elf und 16 Jahren im Johann-Gottfried-Herder-Gymnasium in Berlin. Am Smartboard hängt die Zeichnung, auf der seine Schule zu erkennen ist. Zufällig haben sich hier zwei Jungen aus der gleichen Klasse einer Kiewer Schule wiedergefunden. Die Sportmöglichkeiten der heimatischen Schule spielen auch bei den anderen Schülern eine große Rolle. Sie fehlten ihnen, sagen sie auf Nachfrage, beeilen sich aber, höflich zu versichern, dass sie sehr zufrieden seien mit den Sportmöglichkeiten ihrer Berliner Schule.

Von ihrer alten Schule in der Ukraine sprechen sie so, als gingen sie dort schon morgen wieder ein und aus. Wie in den baltischen Ländern identifizieren sich die ukrainischen Kinder und Jugendlichen mit ihren Schulen, die meist ein eigenes Wappen und eine eigene Hymne haben, sehr viel stärker als die Deutschen. Um die Zeugnisse für dieses Schuljahr zu erhalten – seit der Corona-Pandemie erteilt die Ukraine die Abschlusszertifikate ohne Prüfungen –, lösen sie die Aufgaben der ukrainischen Schule, auch wenn sie ihrem Onlineunterricht nicht mehr folgen. Ende Mai endet das ukrainische Schuljahr. In Cherson, im Süden des Landes, musste es wegen des Kriegs abgebrochen werden. Aus der von Russland eingenommenen Stadt stammt eines der Mädchen. Sie ist gemeinsam mit der 17 Jahre alten Schwester allein nach Deutschland geflohen. Ihre Eltern mussten Cherson verlassen, sie sind aber in der Ukraine geblieben, um anderen zu helfen. Die Mutter ist Lehrerin. Nun leben die beiden Mädchen in einer Berliner Gastfamilie.

An welcher Schule in Berlin die Jugendlichen landen, hängt von ihren Wohnmöglichkeiten ab. Die meisten der 14 Schüler des Johann-Gottfried-Herder-Gymnasiums sind bei Berlinern untergekommen, die ihnen, den Müttern, wenn sie mitgereist sind, und den Geschwistern eine Wohnung oder ein Zimmer zur Verfügung stellen. Das geschah so gut wie nie aufgrund bestehender Kontakte. Nur einer der Jugendlichen kannte die Gastgeber schon vor der Ankunft.

Das Gymnasium in Berlin-Lichtenberg hat keine Willkommensklasse. Es wird auch keine einrichten, weil es bereits andere Unterrichtsverpflichtungen außerhalb des Regelbetriebs eingegangen ist. Die Schule verfügt über ein freisprachliches Profil mit offenem Ganztagesangebot. Sie wird vor allem von bildungsaffinen Eltern gewählt. Manchmal müsse die Schule die ehrgeizigen Eltern bremsen, berichtet Schulleiter Martin Wagner. Er kämpft für den Bildungsanspruch seiner Schule und weiß sein Kollegium dabei hinter sich. Das Schulgebäude ist enorm gepflegt und sauber, es gibt keine beschmierten Wände oder maroden Toiletten. Das Schulklima wirkt freundlich und konzentriert. „Wir haben das große Glück, eine schöne Atmosphäre zu haben“, sagt Wagner. Er hält es für einen Fehler, dass viele Schulen nicht darauf achten, ob ein Schüler unterfordert ist. Der bilinguale Zweig der Schule beginnt mit den in Berlin ungeliebten grundständigen Gymnasialklassen mit Englisch und Russisch oder Englisch und Spanisch. In der siebten Klasse folgen als dritte Fremdsprache Spanisch oder Französisch, in der achten und neunten Klasse werden dann Geographie und Geschichte auf Englisch unterrichtet. In der neunten Klasse können die Schüler außerdem noch Latein als vierte Fremdsprache lernen.

Für Schüler, die erst nach der sechs Jahre langen Berliner Grundschule an das Johann-Gottfried-Herder-Gymnasium wechseln wollen, wird in der siebten Klasse verstärkt Englisch unterrichtet, als zweite Fremdsprache kommen dann Französisch und Spanisch dazu. Die Russischlehrer hätten bei den Aufnahmegesprächen für die ukrainischen Schüler eine ganz wichtige Rolle gespielt, so Wagner – als Übersetzer. In Russischklassen ist auch die Kommunikation mit den Mitschülern leichter. In allen anderen wird sie auf Englisch gelingen. Schon von der kommenden Woche an sollen die Schüler am Sport-, Musik- und Kunstunterricht von Regelklassen teilnehmen. „Jugendliche können sehr gut damit leben, dass der andere sich noch nicht so gut ausdrücken kann“, so Wagner.

Dennoch freut sich der Schulleiter, Iryna Filonenko als ukrainische Lehrerin für fünf Stunden Deutsch an fünf Tagen der Woche beschäftigen zu können. Das sei



Gemeinsam in der Fremde: Schüler mit ihrer Lehrerin Iryna Filonenko (hinten links) in Berlin-Lichtenberg Fotos Hannes Jung

Weil sie lernen wollen

Der Unterrichtsstil an Berliner Schulen ist neu für Kinder und Jugendliche aus der Ukraine. Doch an Motivation und Hilfe fehlt es nicht.

Von Heike Schmoll, Berlin



Ukraine-Herzen: Außenansicht des Johann-Gottfried-Herder-Gymnasiums

ein außerordentlicher Glücksfall. Filonenko lebt seit acht Jahren in Berlin. Sie hat in Kiew Deutsch und Englisch studiert und noch fehlende Englisch-Qualifikationen an der Freien Universität nachgeholt, im kommenden Schuljahr wird sie ihr Referendariat in Lichtenberg beginnen. Filonenko gebe den Schülern „Geborgenheit“, sie vertrauten ihr im privaten Gespräch, so Wagner.

Die junge Frau war mit ihren Kindern gerade in der Ukraine, als Putin das Land überfiel, und kehrte überstürzt nach Berlin zurück. Sie weiß wohl, was die Kinder und Jugendlichen in ihrer Klasse hinter sich haben. Nur wenige Schüler hatten schon Deutsch in ihrer ukrainischen Schule gelernt. Für Filonenko ist es nicht leicht, die unterschiedlichen Sprach- und Altersniveaus und die Neuzugänge so zu unterrichten, dass alle mitkommen und die Schüler individuell gefördert werden. Aber sie weiß, wie sie die fünf Stunden Deutschunterricht am Vormittag abwechslungsreich gestaltet. Sie lässt die Schüler auch mal aufstehen und die Plätze tauschen. So baut sie ein wenig Bewegung beim Sprach-Pauken mit ein.

Die jungen Ukrainer wirken leistungswillig und wissbegierig. Sie üben Deutsch mit Apps und Onlineprogrammen. Die Schüler haben offenkundig das Lernen

ein Mädchen, das auch zu den Jüngeren gehört. Beide wirken völlig verstört und sagen nichts. Sie verschließen sich und kapseln sich ab. Wer weiß, welche Bilder sie in ihren Kinderköpfen mit sich herumtragen. Helfen kann ihnen die Schule mit ihren vier Sozialarbeitern nur, wenn sie bereit sind, sich zu öffnen. Dazu scheint es noch zu früh zu sein. Während die anderen Schüler sich gegenseitig von kleinen Karteikärtchen ihre Geburtsdaten auf Deutsch vorlesen, um Ordnungszahlen und Monate zu lernen, sitzen die beiden Jüngeren unbeteiligt und wie abwesend dabei. Die Lehrerin wird das Gespräch mit ihnen suchen und vielleicht auch einen Weg für sie finden. Andernfalls werden sie Ende des Schuljahrs in die Willkommensklasse einer anderen Schule gehen und möglicherweise auch einen anderen Weg als das Gymnasium einschlagen.

In unmittelbarer Nähe zum quirligen Hermannplatz in Neukölln liegt das Albert-Schweitzer-Gymnasium Neukölln. 95 Prozent der Schüler sind nichtdeutscher Herkunft. NdH-Kinder, wie das im Berliner Behördenjargon heißt. Karin Kullick, die Schulleiterin, hat gleich nach dem Überfall Russlands auf die Ukraine den Entschluss gefasst, dass ihre Schule ukrainische Flüchtlingskinder aufnehmen will. Auch sie kann dabei auf ihr Kollegium bauen. Die Vergangenheit der eigenen Familie hat die zu packende Frau, die den schwierigen Neuköllner Kiez bestens kennt, sofort aktiv werden lassen. Ihre Eltern flohen einst aus Masuren.

Aus der bisherigen Willkommensklasse des Schweitzer-Gymnasiums konnten einige Schüler in den Regelbetrieb wechseln, so wurden Plätze frei für die ukrainischen Kinder. „Wenn irgendwas fehlt, dann frage ich erst einmal im Kollegium“, sagt Kullick. Handele es sich um Sportbeutel mit Sportschuhen für die Schüler oder Schulmaterial, was gebraucht werde, könne sie das finanzieren, manchmal durch private Spenden, manchmal auch mit öffentlichen Mitteln. Alle ukrainischen Kinder bekamen sofort einen Schülerausweis, um sich eine Monatskarte für den Berliner Nahverkehr und eine Chipkarte für ein kostenfreies Mittagessen in der Schule besorgen zu können.

Das Schweitzer-Gymnasium ist das älteste Ganztagsgymnasium mit einem gebundenen Ganztagsprogramm in Berlin. Durch Aufrufe und Rundfragen wurden Wohnungen für ein paar Monate für Mütter gefunden, aber auch für Maryna Liepikhova, die Leiterin der Willkommensklasse für Anfänger. Liepikhova war Au-pair-Mädchen in Radolfzell am Bodensee und hat später in Kiew Englisch und Deutsch studiert. Jetzt übernahm sie die Willkommensklasse für Anfänger am Schweitzer-Gymnasium in Neukölln. Sie ist bis zum 31. Juli 2023 an der Schule angestellt. „Ich wollte das überhaupt nicht“, meint sie zu der Flucht mit ihren beiden Töchtern, die elf und 14 Jahre alt sind. Ihr Mann habe sie nach Lwiw begleitet und

sie dann überredet, mit den Kindern zu gehen. Für einige Tage sei sie in Warschau gewesen, aber dort sei es „zu voll“ gewesen. So zog sie weiter in den Westen, nach Berlin: Hier hat sie eine Freundin, in deren Wohnung sie zehn Tage lang mit den Kindern bleiben konnte. Kürzlich sei in der Nähe ihrer Wohnung in Kiew eine Bombe gefallen, sagt sie und stockt. Der Blick in die zerstörte Heimat tut ihr weh.

Bisher hat sie in Berlin von Sozialhilfe gelebt. Das sei auch gut möglich gewesen, weil sie noch keine Wohnung bezahlen müsse, berichtet sie. Jetzt hat die Schulleiterin für sie die nötigen Lehrerstunden für die zweite Willkommensklasse bekommen, und Liepikhova kann damit rechnen, nach Tarif bezahlt zu werden. Allerdings wird sie sich noch ein wenig gedulden müssen, das Geld kommt rückwirkend. Unterstützt werden die beiden Willkommensklassen durch einen FSJler, der unbedingt mithelfen wollte – er hatte Deutsch als Leistungsfach belegt und will Lehrer werden, wenn sein Bundesfreiwilligendienst zu Ende ist.

In den Berliner Grundschulen nehmen alle ukrainischen Kinder am Unterricht in der Regelklasse teil, um im Sprachbad und in der Interaktion mit den Klassenkameraden rasch Deutsch zu lernen. Das entspricht der Forderung der Ständigen Wissenschaftlichen Kommission der Kultusministerkonferenz (SWK), die Kinder und Jugendlichen rasch ins Schulsystem zu integrieren, weil Kontakte zu Gleichaltrigen als „gute Schutzfaktoren gegen psychische Belastungen“ gelten. Für den systematischen Spracherwerb in Phonetik und Schrift werden die Schulen trotzdem sorgen müssen.

Am Albert-Schweitzer-Gymnasium bleiben die geflüchteten Schüler nicht so lange in der Willkommensklasse, bis sie genügend Deutsch können, sie werden von Anfang an auch einer Bezugsklasse zugewiesen, an deren Sport-, Musik- und Kunstunterricht sie ebenso teilnehmen wie häufig auch am Englischunterricht. Sie treffen auf diese Weise mit den Schülern ihrer Klassenstufe zusammen. Als die Schulleiterin die Mütter fragte, wieso sie ausgerechnet nach Berlin gekommen seien, antworteten sie einhellig, dass sie wegen des guten Bildungssystems gekommen seien. Der 16 Jahre alte Olexij freut sich, dass ihm die Schule einen Sportanzug und Sportschuhe vermacht hat. In der Ukraine war er zunächst auf einer Schule mit mathematischem Schwerpunkt und ging dann an ein Gymnasium mit Deutsch als Schwerpunktfach. Er lernt am Wochenende mit seiner Tante Deutsch, die schon seit 13 Jahren in Berlin lebt, weil er möglichst schnell besser sprechen können will. Für den Regelunterricht in der zehnten Klasse reichen seine Sprachkenntnisse aber schon. „Ich verstehe alles, aber ich kann noch nicht alles sagen.“

Die 16 Jahre alte Valeria konnte nach sieben Jahren Deutschunterricht in der Ukraine direkt in die elfte Klasse einsteigen. Ihre Mutter dagegen spricht weder Deutsch noch Englisch. Valeria spricht fließend und hat im Dezember in der Ukraine das deutsche Sprachdiplom auf C1-Level gemacht. Es bescheinigt ihr fachkundige Sprachkenntnisse. Bis zum nächsthöheren C2-Level als Voraussetzung für ein Studium in Deutschland fehlt ihr nicht mehr viel. Gerade hat sie an ihrer neuen Schule in Berlin in einer Klausur ihres Biologie-Leistungskurses eine Zwei und im Englisch-Leistungskurs sogar eine Eins geschrieben. Sie kommt aus Charkiw, war mit der Mutter und dem Bruder dann nach Kiew geflohen, wo sie einige Nächte in einem U-Bahn-Schacht verbrachte. Maria hat Glück gehabt, das 17 Jahre alte Mädchen kam zunächst allein zu einer Berliner Gastfamilie mit einem Klavier, auf dem sie über darf. Ihre Großmutter kam nach – die alte Dame war Deutschlehrerin und hilft der Enkelin beim Lernen. Die Hausaufgaben erledigte sie trotzdem meist in der Schule und nicht im Gästezimmer der Berliner Familie, das sie gemeinsam mit der Großmutter bewohnt.

Noch ist Kullick umgeben von Menschen, die unbedingt helfen wollen: da gibt es die Unfallärztin im Kiez, die eine kostenfreie Behandlung für alle Ukrainer angeboten hat, oder die Friseurin, die an ihrem dienstfreien Montag in die Schule kommen will, um allen ukrainischen Jugendlichen und ihren Müttern die Haare zu schneiden. Eine ukrainische Mutter, die gelernte Friseurin ist, hat sich dazugesellt, so können immer zwei parallele Termine vergeben werden. Maria ruft ihre Großmutter an, um ihr den Friseurtermin schmackhaft zu machen – klar, dass sie auch kommen will. Und schon steht sie auf der Liste.

Behörde warnte vor Flutgefahr

reb. DÜSSELDORF. Nun bekannt gewordene Unterlagen deuten darauf hin, dass es schon vor mehr als zehn Jahren Warnungen vor mangelhaftem Hochwasserschutz für die Kiesgrube in Erftstadt gab. Dort kam es während der verheerenden Flutkatastrophe im vergangenen Sommer zu einem folgenschweren Erdbeben. Wie der Westdeutsche Rundfunk berichtet, erhob der Geologische Dienst Nordrhein-Westfalen bei der für die Genehmigung und die Aufsicht des Tagebaubetriebs zuständigen Bezirksregierung Arnsberg schon 2011 und 2012 Bedenken gegen den Hauptbetriebsplan der Kiesgrube. Im Januar 2021, also nur ein halbes Jahr vor der Katastrophe, äußerte der Geologische Dienst „starke Bedenken“, weil er die Stabilität der Kiesgrubenböschungen bezweifelte. „Die Standsicherheit ist durch keins der bisher eingereichten Gutachten nachgewiesen worden. Alle Gutachten sind hinsichtlich des Baugrundaufbaus ... lücken- bzw. fehlerhaft“, heißt es in der Stellungnahme.

Das Luftbild des Kraters von Erftstadt-Blessum war im Sommer im In- und Ausland zum Symbol der verheerenden Juliflut geworden. Nach tagelangem Starkregen hatte sich das sonst so friedliche Flusstal in einen reißenden Strom verwandelt. Am 16. Juli fand die Erft in Blessum ein neues Ziel: die Kiesgrube am Ortsrand. Auf dem Weg dorthin überspülte das Wasser Straßen, riss Autos mit, mehrere Gebäude stürzten ein; der große Krater entstand. Wie durch ein Wunder gab es in Blessum keine Todesopfer.

Wirtschaftsminister Andreas Pinkwart (FDP) sagte am Freitag im Flutuntersuchungsausschuss des nordrhein-westfälischen Landtags, sein Haus sei als sogenannte Bergbehörde zwar für die Aufsicht in dieser Sache zuständig, aber von der Staatsanwaltschaft Köln gebeten worden, die eigene Aufklärung bis zum Abschluss der Ermittlungen auszusetzen. Seit Anfang des Jahres ermittelt die Kölner Strafverfolger wegen Bauführung und Verstoßes gegen das Bundesberggesetz gegen zehn Beschuldigte: den Eigentümer und Verpächter der Kiesgrube, fünf Mitarbeiter des Betreiberunternehmens sowie vier Bedienstete der Bezirksregierung Arnsberg. Pinkwart sagte, es müsse geklärt werden, ob die vom Geologischen Dienst geäußerten Bedenken tatsächlich dem später abgertuschten Teil der Kiesgrube gegolten hätten. Er schließe Versäumnisse der Behörden nicht aus. Der Kiesgrubenbetreiber sei jedoch verpflichtet gewesen, die Hochwasserschutzanlagen regelmäßig durch fachkundige Personen überprüfen zu lassen und dies im Betriebsgüternach zu dokumentieren. Am Freitagnachmittag ließ es aus dem Wirtschaftsministerium, nach Prüfung habe man festgestellt, dass sich die Stellungnahme des Geologischen Dienstes von Anfang 2021 nicht in einen Zusammenhang zum Abrutschen der Südböschung setzen lasse.

Nach bisherigen Erkenntnissen der Staatsanwaltschaft Köln gab es an der Kiesgrube keinen „den behördlichen Bestimmungen entsprechenden Hochwasserschutzwall“ und zugleich „unzulässig steile Böschungen“, beides habe das Eindringen großer Wassermengen ermöglicht. Dadurch soll es dann zu einer „rückschreitenden Erosion“ und zum Einsturz der Gebäude am Ortsrand gekommen sein.

Personalien

Günter Bannas 70

Wie Günter Bannas in seinem 2019 veröffentlichten Buch „Machtverschönerung“ die Bonner und die Berliner Republik untersucht, ersetzt viele Lehrbücher über Politik. Bannas schrieb es unmittelbar nach seiner Zeit als Redakteur der Frankfurter Allgemeinen Zeitung. Zuletzt leitete er die Parlamentsredaktion in Berlin, zu der er seit 1981 gehörte, damals noch in Bonn. Er beobachtete zunächst den Aufstieg der Grünen, dann die Entwicklung der SPD zurück an die Macht, schließlich die CDU unter Merkel. Die „Berliner Republik“ war zwar der Ort seiner Arbeit, aber den dort um sich greifenden aufgeregten Journalismus hielt er aus Büro und Berichten fern. Das schlug sich in einer fast schon an Ehrfurcht grenzenden Anerkennung unter Politikern und Kollegen nieder, die noch heute gegenwärtig ist. Aus seiner nüchternen und fairen Beobachtungsgabe machte Bannas eine eigene Stilform, die episodenhafte Anordnung eines großen politischen Bogens. Behilflich ist ihm dabei die Bibliothek seiner Aufzeichnungen aus vier Jahrzehnten. Für sein Lebenswerk erhielt Bannas 2018 den Theodor-Wolff-Preis. Auch nach seinem Abschied blieb er seinem „Arbeitsplatz“ Berlin treu, obgleich er durch und durch ein Kölner ist (dass er 1952 in Kassel geboren wurde – Zufall). An diesem Sonntag feiert Günter Bannas seinen 70. Geburtstag. kum.

Wichtiges in Kürze

Tschentscher bestreitet Einflussnahme

Der Erste Bürgermeister Hamburgs, Peter Tschentscher (SPD), hat jegliche politische Einflussnahme auf Entscheidungen der Steuerverwaltung im Warburg-Fall ausgeschlossen. Er sagte am Freitag im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss zur Cum-ex-Affäre rund um die Hamburger Privatbank, er habe als damaliger Finanzsenator grundsätzlich keinen Einfluss genommen auf die Entscheidung der Finanzverwaltung. Er habe auch aus keinem Gespräch mit Mitarbeitern der Steuerfachverwaltung in Erinnerung,

dass irgendjemand über politische Einflussnahme von außen geklagt oder berichtet habe. Auch der damalige Bürgermeister und heutige Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) habe über ihn keinen Einfluss genommen auf die Entscheidung. Der Untersuchungsausschuss will klären, warum das Hamburger Finanzamt für Großunternehmen 2016 mit Ablauf der Verjährungsfrist zunächst auf Steuerhinterziehungen in Höhe von 47 Millionen Euro von der in den Cum-ex-Skandal verwickelten Warburg-Bank verzichtet hatte und weitere 43 Millionen Euro 2017 erst nach Intervention des Bundesfinanzministeriums eingefordert wurden. Es soll auch geklärt werden, ob es eine politische

Einflussnahme auf die Entscheidung gegeben hat. Alle Beteiligten bestreiten dies. mavy.

STIKO-Chef empfiehlt Risikogruppen vierte Impfung

Der Vorsitzende der Ständigen Impfkommision (STIKO), Thomas Mertens, hat Ältere und Menschen mit Vorerkrankungen zu einer vierten Impfung gegen das Coronavirus aufgefordert. „Wir müssen damit rechnen, dass das Infektionsrisiko im Herbst wieder ansteigt“, sagte Mertens den Zeitungen der Funke Medien-gruppe. Menschen über 70 Jahre und sol-

che mit besonderem Risiko für eine schwere Erkrankung sollten deshalb jetzt die Zeit nutzen, um ihren Schutz durch eine vierte Impfung zu verbessern. Das Robert-Koch-Institut hat derweil in der im Internet veröffentlichten Risikobewertung die Einstufung zu den Gefahren des Coronavirus von „sehr hoch“ auf „hoch“ geändert. epd

Sapega in Belarus zu sechs Jahren Haft verurteilt

In Belarus ist die bei einer umstrittenen Zwangslandung eines Passagierflugzeugs festgenommene Freundin eines Opposition-

nellen zu einer sechsjährigen Gefängnisstrafe verurteilt worden. Ihr werde Anstachelung zum Hass vorgeworfen, teilte die Menschenrechtsgruppe Viasna am Freitag mit. Die 24 Jahre alte Russin Sofia Sapega befand sich im Mai 2020 zusammen mit ihrem Freund, dem bekannten belarussischen Blogger Roman Protassewitsch, an Bord einer Ryanair-Maschine, die auf dem Flug von Griechenland nach Litauen von der belarussischen Luftwaffe zu einer Zwischenlandung gezwungen worden war. Protassewitsch und Sapega wurden direkt nach der Landung in Minsk verhaftet. Belarus begründete die Unterbrechung des Fluges mit einer angeblichen Bombendrohung. Reuters